



Mit unseren Werten nicht vereinbar

Warum öffentliche Positionen gegen rechts gerade jetzt so wichtig sind

Jetzt sind klare Bekenntnisse gefragt: Nur so können wir gemeinsam den Rechtsrutsch in der Gesellschaft stoppen. Der Auftakt ist gemacht: Millionen Menschen sind auf die Straße gegangen, um Flagge gegen rechts zu zeigen. Überall in Deutschland haben sie gezeigt, dass Rassismus und Rechtsextremismus *unvereinbar* sind mit ihren Werten. Und sie haben klar gemacht, dass sie nicht stillschweigend hinnehmen, dass sich Hass und Hetze breitmachen und unser friedliches Zusammenleben vergiften. Diese Bewegung hat dazu beigetragen, den Höhenflug rechtsextremer Parteien etwas ins Straucheln zu bringen. Das war auch höchste Zeit mit Blick auf die Europawahl im Juni sowie die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im September. Die Demonstrationen haben Mut gemacht. Jetzt kommt es darauf an, unser Nein zu Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit dauerhaft im Alltag zu verankern.

Ob beim Sport, in Gemeinden, in Bildungseinrichtungen, im Gesundheitswesen, in Unternehmen, bei der Feuerwehr, in Vereinen oder Gewerkschaften: Überall müssen wir klipp und klar machen, dass rechtes Gedankengut keinen Platz hat. Viel zu häufig nehmen wir an, dass selbstverständlich ist, für welche Werte wir stehen. Und bleiben deshalb still. Umso lauter tönt die rechte Hetze und vergiftet die Stimmung in unserer Gesellschaft. Deshalb ist wichtiger denn je, ein öffentlich Bekenntnis gegen Rassismus abzugeben – und deutlich zu machen: Wer menschenverachtende Einstellungen teilt, hat in unseren Reihen nichts zu suchen! Wir stehen zusammen, Seite an Seite, für ein friedliches Miteinander aller Menschen in unserem Land, für Vielfalt und Menschenfreundlichkeit. Diese Botschaft muss noch viel sichtbarer werden.

Mit gutem Beispiel voran

Auch wenn bei unserer Stiftung gegen Rassismus schon im Namen steckt, wofür wir eintreten, haben wir auf unserer Homepage folgenden Satz veröffentlicht: „Mit den Werten und Zielen der Stiftung gegen Rassismus ist die Mitgliedschaft in einer rassistischen und antisemitischen Partei unvereinbar.“ Dazu haben wir ein Logo entwickelt, das diese Botschaft kurz und knapp auf den Punkt bringt. Es steht zur freien Verfügung. Wir freuen uns über alle, die ebenfalls öffentlich Flagge zeigen. Je mehr, desto besser. Viele Organisationen sind bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und haben ein klares Bekenntnis gegen rechts abgegeben – und es werden immer mehr, quer durch die gesamte Gesellschaft. Aus der Vielfalt von Stellungnahmen sind hier einige Beispiele ausgewählt.

Sport

Für den Sport hat der Präsident von Eintracht Frankfurt, Peter Fischer, bereits vor über fünf Jahren den Anfang gemacht: „Es kann niemand bei uns Mitglied sein, der die AfD wählt“ - das verkündete er in einem Interview. Auch viele andere Vereine und Profispieler haben deutliche Worte gefunden. So sprechen sich unter anderem Werder Bremen, der VfL Bochum, der 1. FSV Mainz 05, der 1. FC Köln, Hannover 96 und der FC St. Pauli gegen Rechtsextremismus aus. Zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2024 hat DFB-Präsident Bernd Neuendorf betont: „Fußball ist für alle da und deshalb unvereinbar mit Rassismus und Diskriminierung.“ In einem Positionspapier vertreten auch der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und die Deutsche Sportjugend eine klare Haltung für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft.

Gewerkschaften

Die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) betonen, dass rechtsextreme Einstellungen in ihren Reihen nichts zu suchen haben. Sie bekennen sich zum Antifaschismus als Grundpfeiler gewerkschaftlicher Arbeit und zeigen vielfach klare Kante gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. In ihren Satzungen machen sie nicht nur deutlich, dass sie – überparteilich – für demokratische Grundwerte, Respekt, Solidarität und Weltoffenheit stehen. Sie sehen im Zweifel auch Ausschlussverfahren vor, wenn sich Mitglieder menschenverachtend oder gewerkschaftsfeindlich äußern. Zudem haben einige DGB-Gewerkschaften in aktuelleren Beschlüssen unmissverständlich erklärt, dass die AfD und andere rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien sowie Gruppierungen der extremen Rechten ihren Positionen und Zielen unvereinbar gegenüberstehen.

Kirchen

Auch die Kirchen finden klare Worte. So verabschiedete die Deutsche Bischofskonferenz bei ihrem Frühjahrstreffen in Augsburg einstimmig eine Erklärung mit dem Titel: „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“. Darin heißt es, rechtsextreme Parteien wie die AfD seien für Christinnen und Christen nicht wählbar. Wer Rassismus und Antisemitismus verbreite, könne in der Kirche weder haupt- noch ehrenamtlich mitarbeiten. Kurz darauf kündigte die katholische Kirchengemeinde Weil am Rhein einer Frau die ehrenamtliche Mitarbeit, weil sie bei der Kommunalwahl für die AfD kandidiert. Das sei unvereinbar mit den Grundsätzen der Kirche. Wenige Tage zuvor hatte die Evangelische Kirche einem Gemeindepfarrer sein Amt entzogen, weil er sich in Quedlinburg für die AfD zur Wahl stellt. Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kirsten Fehrs, betont, dass in diesen Zeiten, in denen Rechtsextremisten die „Grundwerte unseres Zusammenlebens“ infrage stellen, eine klare und gemeinsame Haltung der Kirchen wichtig sei.

Wohlfahrtsverbände

Das gilt auch für die Wohlfahrtsverbände. Die AWO Frankfurt hat schon 2016 beschlossen, dass eine Mitgliedschaft in der AfD mit der AWO-Zugehörigkeit unvereinbar sei. Bundesweit haben etliche weitere Kreisverbände bereits diese Klauseln in den Satzungen eingeführt. Der Paritätische Gesamtverband hat sich 2018 klar gegen die AfD positioniert und deutlich gemacht, dass Rechtsextremismus und die Politik der AfD mit den eigenen Werten unvereinbar sind. Der Sozialdienst muslimischer Frauen e.V. betont: „Weder die Religion,

noch Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Staatsbürgerschaft sollten missbraucht werden, um einen Keil zwischen Menschen zu treiben, die in unserem Land zusammenleben. Nach den Grauen des zweiten Weltkrieges und den abscheulichen Verbrechen der Nazidiktatur hat sich unser Land ein Grundgesetz gegeben, das zu den besten Verfassungen dieser Welt zählt. Es lohnt sich für die Werte unseres Grundgesetzes zu kämpfen. Es lohnt sich dafür zu kämpfen, dass Menschen in all ihrer Vielfalt und Individualität und dennoch gemeinsam und solidarisch zusammenleben können.“

Auch die Caritas-Verbände sind hier aktiv. Die Caritas Niedersachsen hat zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2024 in einer Erklärung deutlich gemacht: „In der Caritas ist kein Platz für Rassismus, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit insgesamt.“ Der Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch erklärte jüngst in einem Interview, dass er ein Engagement für die AfD für kaum vereinbar mit einer Tätigkeit in dem evangelischen Wohlfahrtsverband hält. Ein ähnliches Statement veröffentlichte der Kinderschutzbund zum UN-Tag gegen Rassismus 2024: „Wir stehen auf gegen Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Rassismus und jede Form von Diskriminierung. Die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde und der Schutz vor Verfolgung sind für uns nicht verhandelbar.“

Kliniken

Auch viele Kliniken riefen offen dazu auf, sich an Demos gegen rechts zu beteiligen und ein Zeichen für Demokratie, Vielfalt und Respekt zu setzen. Die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz verkündete anlässlich des UN-Tags gegen Rassismus 2024 ein Positionspapier, das die Werte der Demokratie, Vielfalt und Gleichberechtigung festigt und die Unvereinbarkeit von Rassismus und Diskriminierung mit dem Pflegeberuf betont.

Wirtschaft

Wirtschaftsverbände warnen ebenfalls vor Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, darunter der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Peter Adrian, und die Präsidentin des Automobilverbands VDA, Hildegard Müller. In einem Interview forderte sie alle deutschen Unternehmen auf, sich gegen Rechtsextremismus zu stellen und für Demokratie und Rechtsstaat einzutreten: „Wir müssen Haltung zeigen.“

Feuerwehr

Auch die Feuerwehr zeigt Flagge. So hat sich die Deutsche Jugendfeuerwehr (DJF) schon 2021 mit dem Positionspapier „Nicht nur löschen, wenn es brennt“ dem Einsatz gegen Rechtsextremismus verpflichtet. Viele Jugendfeuerwehren treten mit Aktionen gegen rechts in die Öffentlichkeit. Dass diese Arbeit weiterhin im Fokus stünde, betonte Bundesjugendleiter Christian Patzelt anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus am 21. März 2024. In einer Pressemitteilung der DJF heißt es: „Das Bekenntnis der Feuerwehren zum sozialen und humanitären Engagement und unsere Grundwerte sind mit rassistischen Denk- und Verhaltensmustern – in ihrer radikalen und alltäglichen Erscheinungsform – unvereinbar!“ Und jüngst hat die Gemeinde Schöneck im Main-Kinzig-Kreis ein Ausschlussverfahren gegen einen Feuerwehrmann eingeleitet, der Mitglied der AfD-Jugend ist.

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Karl-Heinz Banse, äußerte sich ebenfalls zum Internationalen Tag gegen Rassismus 2024: „Unsere direkte Hilfe vor Ort gilt jeder und jedem, die Hilfe brauchen. Auf diese Weise sind wir auch zukünftig erfolgreich! Für Rassismus ist da kein Platz.“

Mitmachen – und gemeinsam etwas bewirken

Die Liste lässt sich fortsetzen und wird auf der Homepage der Stiftung gegen Rassismus aktualisiert. So hat die Stiftung gegen Rassismus mit neun Religionsgemeinschaften eine interreligiöse Erklärung verabschiedet: „Rechtsextreme Parteien sind für religiös geprägte Menschen nicht wählbar.“ Darin positionieren sich Vertreter der Aleviten, Buddhisten, Bahai, Christen, Eziden, Hindus, Juden, Muslime und Sikhi gemeinsam gegen Hass und Hetze. Diese Erklärung wurde durch die ARD-Tagesschau aufgegriffen wie durch den Rat der Sikhi in den USA, Australien, Indien und Rumänien verbreitet.

In einer Kampagne der Stiftung geben zudem viele Persönlichkeiten ein Statement gegen rechts ab, unter anderem die Vorstandsvorsitzenden von Fraport, Rewe und der Techniker Krankenkasse, der Präsident des Deutschen Turnerbundes und des Lions-Clubs Darmstadt. Und viele mehr.

Die Stiftung gegen Rassismus ruft dazu auf, all diesen Beispielen zu folgen und ebenfalls öffentliche Statements abzugeben. Zusammen mit dem vielfältigen Engagement ist das in der Öffentlichkeit nicht zu übersehen. Damit wird dazu beigetragen, die Stimmung in der Gesellschaft zu verändern.

Hier einige Claims, die auf Homepages und anderen Veröffentlichungen aufgenommen werden können:



Weitere Claims und Statements finden sich hier: <https://stiftung-gegen-rassismus.de/>.

Herausgegeben von der Stiftung gegen Rassismus am 26. April 2024

Goebelstr.21a, D - 64293 Darmstadt

Mail: info@stiftung-gegen-rassismus.de

Tel. 06151 – 33 99 71